

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846 pppn d



Inhalt

Dietrich Stobbe MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe USA der SPD-Bundestagsfraktion, fordert Deutsche und Amerikaner auf, an der Rekonstruktion der Entspannungspolitik zu arbeiten: Angst bei uns.

Seite 1

Hugo Brandt MdL beschreibt, wie die CDU in Rheinland-Pfalz das Anliegen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und Henry Kissinger mißbrauchte: Der schwarze Schimmelpilz grassiert.

Seite 3

Fritz Gerstl MdB wirft der Regierung vor, ihre Verantwortung für die Wehrpflichtigen nicht wahrzunehmen: Der Wehrsold muß 1984 erhöht werden.

Seite 5

Ernst Waltenathe MdB schildert das grausame Gesicht der chilenischen Diktatur: Zweierlei Maß bei Gewerkschaftsverfolgung?

Seite 6

Dokumentation

"Zehn Zukunftsthesen für unser Land" von Ulrich Lang MdL, SPD-Spitzenkandidat in Baden-Württemberg.

Seite 8

38. Jahrgang / 117

23. Juni 1983

Angst bei uns

Deutsche und Amerikaner müssen an der Rekonstruktion der Entspannungspolitik arbeiten

Von Dr. Dietrich Stobbe MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe USA der SPD-Bundestagsfraktion
Berliner Regierender Bürgermeister a.D.

Unsere Völker sind befreundet. Weshalb fällt es uns heute so schwer, ohne schrille Töne über unsere gegenwärtigen Beziehungen zu reden - miteinander über den Atlantik hinweg, und auch hier bei uns untereinander in Deutschland?

Wer an die Freundschaft unserer Völker erinnert - und das will ich heute in Blick darauf tun, daß vor 300 Jahren die ersten Millionen Deutschen von Krefeld aus aufbrachen, um in Amerika jene Freiheit zu suchen und zu finden, die es in Deutschland nicht gab - der setzt sich der Gefahr aus, als kritikloser Verfechter der derzeitigen amtlichen US-Regierungspolitik angesehen, als "pro-amerikanisch" diskreditiert zu werden. Wer hingegen Kritik an der gegenwärtigen Linie Washingtons äußert, der gilt als "anti-amerikanisch", als einer der gewachsene Freundschaft aufkündigen will. Vor allem bei uns. Aber doch auch in den Köpfen mancher Amerikaner, die die Deutschen auf einem Weg von Amerika weg und hin zu Pazifismus und Neutralismus wähen.

Welch eine Verwirrung der politischen Begriffe! Wie könnte anti-amerikanisch sein, was ein großer Teil des amerikanischen Volkes, des US-Kongresses selbst als richtig empfindet - nämlich Zweifel an den Zielen, dem inneren Zusammenhang und der weltpolitischen Verantwortlichkeit der amerikanischen Außenpolitik zu äußern? Ist es nicht so, daß die in gemeinsamen Grundüberzeugungen wurzelnde Freundschaft, vor allem das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie, es ausschließt, daß zu einem Feind gestempelt wird, wer anderer Meinung ist? Selbst militanten Demonstranten gegen seine Politik rief Außenminister Haig in Berlin den Satz Voltaires zu: "Ich bin nicht Eurer Auffassung, aber ich werde bis zum letzten dafür kämpfen, daß Ihr sie äußern dürft." Dieses demokratische Denken ist es, was uns mit Amerika verbindet.



Das war es auch, was die Emigranten aus Krefeld 1683 in Amerika suchten: Freiheit, und wenigstens eine Vorahnung dessen, was ein dreiviertel Jahrhundert später die werdende amerikanische Nation sich selbst gewährte: Die Verwirklichung der Freiheitsidee in einer staatlichen Ordnung, in der nur Regierungen legitim sind, "receiving their just powers from the consent of those governed". Demokratie also. Und jene Millionen Deutsche, die ihnen in den letzten Jahrhunderten gefolgt sind, die bauten mit an der Demokratie in Amerika und genossen ihren Schutz. Gerade auch die zweihunderttausend Verfolgten, die während der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte dort Zuflucht fanden. So hat das europäische Freiheitsstreben seit der Aufklärung in Amerika Verwirklichung gefunden, gerade auch das deutsche. Und als demokratischer Staat Bundesrepublik Deutschland würden wir nicht existieren, hätte Amerika den demokratischen Gedanken nicht gegen den faschistischen Ungeist aus Deutschland nach 1945 gerade hier durchgesetzt.

Im Jahre danach hat uns der damalige Außenminister James Byrnes gesagt: "Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt."

Dies verdanken wir Amerika, und das Wissen darum wird sich auch stärker als jede Meinungsverschiedenheit in Einzelfragen erweisen.

Freilich ist jener Wunsch nur für die halbe deutsche Nation in Erfüllung gegangen. Deshalb gerade ist uns der zweite deutsche Staat wichtig, darum ist uns Entspannungspolitik wichtig, weil nur sie Hoffnung auf dauerhafte Stabilität, auf Frieden bietet. Auch die Politik der Entspannung, den Gedanken der Notwendigkeit eines Interessenausgleichs mit der Sowjetunion und der Abrüstung, verdanken wir den USA. Die Ostpolitik Willy Brandts wäre nicht möglich gewesen ohne Kennedy und Kissinger, ohne Amerikas ausgestreckte Hand zur Sowjetunion.

Diese Hand blieb ausgestreckt auch bei Rückschlägen und wurde von der Sowjetunion wenigstens teilweise ergriffen; Verständigung kam in wichtigen Fragen zustande.

Wenn wir heute im deutsch-amerikanischen Verhältnis in schrille Töne geraten, dann wird meistens übersehen, daß wir in Wahrheit über die neue Sowjetunionpolitik der USA streiten. Denn nichts kann die geteilte deutsche Nation mehr berühren als ein verändertes Verhältnis der beiden Supermächte zueinander.

Es ist meine Berliner Erfahrung, daß die Sowjetunion den Interessenausgleich in Europa fortsetzen will. Es ist meine amerikanische Erfahrung, daß die USA aufgrund ihrer eingebildeten oder auch tatsächlichen Enttäuschungen mit dem globalen Entspannungsprozeß heute die Hand zu stark zurückgezogen halten.

In dieser Situation rutscht uns allen die Ebene der Politik weg, die Gestaltung der schwierigen Ost-West-Beziehungen, die doch eine eminent politische Aufgabe ist, gerinnt uns zur Waffenzählerei. Deshalb auch sind die Töne manchmal schrill zwischen Deutschen und Amerikanern: Vor Angst bei uns, nicht aus Antiamerikanismus. Sie würden ruhiger, wenn wieder über Politik gesprochen würde.

Deutsche und Amerikaner, beide müssen an einer Rekonstruktion, einem Neuaufbau der Entspannungspolitik arbeiten. Mehr denn je ist es die Aufgabe des Westens, Anstöße zu geben, damit wir zur Fortsetzung der Vertragspartnerschaft gelangen. Denn ohne Entspannung gibt es nicht jenen dauerhaften Frieden, der die Demokratie diesseits und jenseits des Atlantiks allein schützen kann. (-/23.6.1983/ks/ca)

+ + +



Der schwarze Schimmelpilz grassiert

**Wie die CDU in Rheinland-Pfalz das Anliegen der deutsch-amerikanischen
Freundschaft und Henry Kissinger mißbrauchte**

Von Hugo Brandt MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes und Oppositionsführer in Rheinland-Pfalz

"Sie haben mit ihrer Besetzungspolitik - gemeint sind alle öffentlichen Ämter in Rheinland-Pfalz - das ganze Land mit einem schwarzen Schimmelpilz überzogen, der bis in die kleinsten Verästelungen reicht." Diesen im Hinblick auf die rheinland-pfälzische CDU-Patronagepolitik schwerlich zu widerlegenden Vorwurf habe ich am 31. Mai bei der Aussprache über Bernhard Vogels Regierungspolitik erhoben. Wenige Tage später stellte sich heraus, daß die CDU sich mit dem personalpolitisch wuchernden schwarzen Pilz keineswegs begnügt, daß er vielmehr auch in Bereichen mit aller Konsequenz gepflegt wird, wo staatspolitische Einsicht jede parteiegoistische Handlungsweise ausschließen müßte: der Bereich der deutsch-amerikanischen Verbundenheit im allgemeinen und der deutsch-amerikanischen Traditionspflege im besonderen, die in diesen Tagen wegen des 300. Jahrestages des Beginns der deutschen Auswanderung in die "Neue Welt" begangen wird, beispielsweise Ende dieses Monats in Krefeld - in Anwesenheit von US-Vizepräsident George Bush.

Daß diese Bereiche für lupenreine Parteipolitik und für persönliche Karrierepflege tabu zu sein haben, hat fraglos Henry Kissinger erkannt: Er hat am 12. Juni bei seiner Rede in Worms gesagt, die deutsch-amerikanische Freundschaft sei ein "überparteiliches Ziel" und nicht an eine bestimmte politische Richtung gebunden...

Was Henry Kissinger, wichtigster Redner bei einer Veranstaltung eines "Kuratoriums der Deutsch-Amerikanischen Verbundenheit e.V." (Sitz bei der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Mainz, Deutschhausplatz 3), nicht wissen konnte: daß die Herren, die ihn nach Worms eingeladen hatten und vor ihm sprachen, genau gegen den von ihm postulierten Grundsatz der Überparteilichkeit verstoßen und ihn und die Öffentlichkeit systematisch getäuscht haben und weiter täuschen.

Eines allerdings muß auch Kissinger schon aufgefallen sein - und vielleicht hat ihn dies auch zu seinem Hinweis auf das "überparteiliche Ziel" veranlaßt: bei dem



Fest der deutsch-amerikanischen Verbundenheit sprach kein Sozialdemokrat, wohl aber der FDP-Bundesvorsitzende, der CDU-Landesvorsitzende, der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende und ein CDU-Bundestagsabgeordneter.

Ein Zufall (mit "C" geschrieben)? Nein. Das, was mit dem Kuratorium Deutsch-Amerikanische Verbundenheit geschah, wurde bewußt ohne jeden Kontakt zu Fraktion und Landesverband der SPD geplant bis zu jenem Tag, da man in der CDU-Landtagsfraktion am Mainzer Deutschhausplatz geruhte, den 43 Abgeordneten der SPD eine Einladung zu schicken zu der Veranstaltung in Worms. Als überparteiliche Staffage einer CDU-Veranstaltung.

Daß der Mainzer CDU-Fraktionsvorsitzende Wilhelm, der sich zum Sprecher des Kuratoriums Deutsch-Amerikanische Verbundenheit berufen ließ, von Anfang an die parteiliche Ausrichtung wollte und nicht die Überparteilichkeit, zeigt sich auch daran, daß er Journalisten gegenüber immer wieder auf den SPD-Vertreter Peter Corterier verwies, obwohl der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Staatsminister nur ein einziges Mal - auf Einladung eines Bekannten - an einer Zusammenkunft teilnahm und dabei mit Verwunderung feststellen mußte, daß er als Baden-Württemberger zur Vorbereitung einer rheinland-pfälzischen Landesveranstaltung gebeten worden war. Trotz dieses Hinweises wurde weder die Landtagsfraktion noch der Landesverband, aber auch nicht der Bonner Parteivorstand oder die Bundestagsfraktion (die im ehemaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe den Vorsitzenden einer Arbeitsgruppe "USA" hat) um die Benennung eines Sozialdemokraten für das Kuratorium und auch nicht um einen Redner für das große Fest in Worms gebeten. Die Amerikaner und die Öffentlichkeit aber wurden über den parteipolitischen Charakter der ganzen Veranstaltung getäuscht. Bewußt getäuscht.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich habe überhaupt nichts dagegen, daß die CDU Veranstaltungen zum deutsch-amerikanischen Verhältnis organisiert, aber ich halte es für einen unerträglichen Vorgang, wenn sie sich dafür selbst die bewußt und gewollt verhinderte Überparteilichkeit bescheinigt - und damit Henry Kissinger, die Deutsch-Atlantische Gesellschaft, Teile der Wirtschaft und die gesamte Öffentlichkeit hinters Licht führt, vor allem auch Presse, Funk und Fernsehen!

(-/23.6.1983/vo-he/oa)

+ + +



Der Wehrsold muß 1984 erhöht werden

Die Regierung nimmt ihre Verantwortung für die Wehrpflichtigen nicht wahr

Von Fritz Gerstl

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen
der SPD-Bundestagsfraktion

Als Verteidigungsminister Dr. Wörner sein Amt antrat, verkündete er in unzähligen Interviews, daß er sich nun intensiv für die Belange der Soldaten einsetzen werde. Die Schwerpunkte, die er für den Verteidigungshaushalt 1983 setzte, entsprachen auch diesem Vorsatz, obwohl die Durchführung - zum Beispiel im Bereich der Planstellenanhebungen - noch sehr mangelhaft ist. In diesem Bereich wurde das Ministerwort an die Öffentlichkeit gegeben, daß 1.500 Höherdotierungen damit verbunden wären. Inzwischen ist festgestellt, daß von diesem Umfang erst 40 Prozent erreicht werden, was ein bezeichnendes Licht auf Worte und Taten der Koalition wirft. Ebenso muß aber festgestellt werden, daß alles, was Minister Wörner im Bereich der personellen Besserstellung im Haushalt 83 eingesetzt hat, die Situation der circa 270.000 Berufs- und Zeitsoldaten verbessert, nicht aber die Situation der Wehrpflichtigen.

Noch im Januar des Jahres 1983 hatte der Parlamentarische Staatssekretär Würzbach auf die Frage meines Kollegen Würtz geantwortet, daß die Bundesregierung im Jahre 1983 "wegen der starken Verschuldung des Bundes und der angespannten Situation im Bundeshaushalt nicht in der Lage ist, eine Wehrsolderhöhung vorzusehen". Nimmt man diese Aussage als Argument tatsächlich ernst, würden die Wehrpflichtigen sicherlich auf eine Wehrsolderhöhung bis auf den St. Nimmerleinstag warten. Dies kann kein ernsthaftes Argument sein. Betrachtet man die Zeiträume, in denen bisher der Wehrsold erhöht worden ist, so stellt sich heraus, daß es einmal ein Jahr, zweimal zwei Jahre und ebenfalls zweimal drei und vier Jahre gedauert hat, bis der Wehrsold erhöht wurde. Da 1981 das letzte Mal der Wehrsold erhöht wurde, ist es für das Jahr 1984 höchste Zeit, daß eine Anpassung vorgenommen wird. Die SPD wird im Verteidigungsausschuß darauf dringen und beantragen, daß dies in den Haushalt 1984 eingearbeitet wird. (-/23.6.1983/hi/ca)

+ + +



Zweierlei Maß bei Verfolgung von Gewerkschaften?

In Chile zeigt die Diktatur ihr grausames Gesicht

Von Ernst Waltemathe MdB

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Mitglied des SPD-Landesvorstandes Bremen

Die Blicke der Weltöffentlichkeit sind einmal mehr auf den Besuch des Papstes in Polen gerichtet. Spektakuläre Auftritte vor Millionen von Menschen, vom Fernsehen ausführlich dokumentiert, zeugen davon, daß der Papst sich von "staatsfreien" Gewerkschaften, von politischen Freiheiten und gegen Unterdrückung leiten läßt.

Es stimmt: In Polen wurde die Gewerkschaft "Solidarität" verboten, das Kriegsrecht existiert dort seit anderhalb Jahren; trotzdem gibt es ein polnisches Gewerkschaftsgesetz, das von "staatsfreien" Gewerkschaften spricht.

In Chile herrscht seit fast zehn Jahren Kriegsrecht. Es gibt dort weder Parlament noch zugelassene Parteien noch Gewerkschaften, die nicht verboten wären. Als Strauß 1977 Chile besuchte, erhoffte er die "Bewahrung der Freiheit". Als vor einiger Zeit eine Gruppe von chilenischen Bischöfen den Papst besuchte, meinte er, sie ermahnen zu sollen, sich nicht so sehr in die Politik einzumischen und nicht so sehr ein Instrument der politischen Opposition gegen die Pinochet-Diktatur zu werden.

"Wenn die Demonstrationen fortgesetzt werden, wird die Regierung ihr Verhalten verhärten, koste es was es wolle", so Chiles Militärdiktator Augusto Pinochet nach dem zweiten "Tag des Nationalen Protestes" am 14. Juni in Chile. Am 14. Juni haben Reiche und Arme, Studenten, Arbeiter, Intellektuelle, Slumbewohner, Arbeitslose und Mitglieder der Mittel- und Oberschicht alle auf ihre eigene Art und Weise ihre Ablehnung der Militärdiktatur zum Ausdruck gebracht.

Pinochet bleibt seinem auf der Lehre der nationalen Sicherheit ruhenden politischen Programm treu. Alle Opposition ist "einem marxistischen Komplott" zuzuschreiben und muß mit Gewalt beseitigt werden. Am 14. Juni wurden drei Demonstranten von der Polizei getötet und 20 weitere durch Schüsse verletzt. 1.351 Personen wurden in zehn verschiedenen Städten verhaftet.

Der Zusammenbruch ihres monetaristischen Wirtschaftsmodells hat die Militärdiktatur in Chile in die tiefste politische Krise seit ihrem zehnjährigen Bestehen gestürzt. Der Aufruf zu den Demonstrationen am 11. Mai und am 14. Juni kam von der Gewerkschaft der Kupferminenarbeiter, die nach der Verhaftung ihres Vertreters, Rodolfo Seguel, das Regime durch Streiks unter Druck zu setzen versucht hat. In der letzten Woche sind fast eintausend Kupferminenarbeiter entlassen worden. Die Kupferminen sind zur Zeit von Militäreinheiten besetzt.

Da Kupfer immer noch weit über die Hälfte der Exporte Chiles ausmacht, stellen Streiks in den Minen eine ernsthafte ökonomische Bedrohung für das Militärregime dar. Die größte politische Bedrohung kommt jedoch von den ehemaligen Anhängern des Regimes. Nachdem das Wirtschaftsprogramm gescheitert ist, drängen die Großgrundbesitzer und die Industriebosse, die vorher die politische Situation tolerierten, nach Demokratie.



In der Opposition spielen die Christdemokraten die Schlüsselrolle. Bis jetzt aber ist keine klare politische Führung sichtbar. Grundlegende Fragen, wie diejenige, ob eine zukünftige Zivilregierung zusammen mit einigen Militärs arbeiten würde oder ob die Kommunistische Partei, die immer noch Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung ausübt, in einem zukünftigen Bündnis eingeschlossen werden sollte oder nicht, sind noch nicht geklärt worden.

Wie die gegenwärtige Krise in Chile ausgehen wird, können wir in diesem Moment nicht voraussagen. Als Sozialdemokraten ist es so notwendig wie je zuvor, gerade in diesem kritischen Moment unsere Ablehnung der Militärdiktatur und unsere Solidarität mit der Opposition zum Ausdruck zu bringen. Alle Art von Hilfe, die die Militärdiktatur festigen oder Pinochet eine Atempause geben könnte (U-Boote, Entwicklungshilfe, Hermes Kredite und so weiter) muß dem Regime verweigert werden. Inzwischen sollte die Grundlage der Hilfe für eine neue Aufbauregierung in Chile vorbereitet werden, so daß wir nicht mit leeren Händen da stehen, in dem Falle, daß eine demokratische Regierung an die Macht kommt.

Bis dahin besteht unsere Pflicht weiterhin, uns auch um die Opfer der Militärs zu kümmern. Obwohl der UNO-Sonderberichterstatter zu Chile im November 1982 vor der Vollversammlung bestätigte, daß es keine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Chile gegeben hat und trotz eines erschütternden Berichts über Folter in Chile, der im Mai dieses Jahres von amnesty international veröffentlicht wurde, ist eine steigende Tendenz der deutschen Gerichte zu erkennen, chilenische Asylbewerber mit der Begründung abzulehnen, daß die Bedingungen in Chile sich verbessert haben.

Die Hamburger CDU setzt sich mit aller Kraft dagegen zur Wehr, daß eine Straße ihrer Stadt nach Salvador Allende genannt wird, weil sie der Meinung ist, daß Allende eine Diktatur in Chile einführen wollte. Es sollte gefragt werden, ob die CDU sich mit gleicher Energie für ihre Schwesterpartei in Chile einsetzt, die gegen die von Pinochet in der Tat eingeführte Diktatur zu kämpfen hat. (-/23.6.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Ulrich Lang MdL, Spitzenkandidat der baden-württembergischen SPD, hat folgende Zukunftsthesen entwickelt:

Zehn Zukunftsthesen für unser Land

1. Wir müssen als Sozialdemokraten an einer "Zukunft für alle" arbeiten. Wir wollen, daß unsere Gesellschaft gerade in diesen schwierigen Zeiten nicht wieder in Klassen-Ghettos zerfällt. Wir wollen nicht einen Aufschwung nur für die Aktionäre, wir wollen nicht Freiheit und Liberalität nur für die Elite, wir wollen nicht Lebensqualität nur für die Reichen. Wir Sozialdemokraten wollen eine Zukunft für alle Menschen in Baden-Württemberg.
2. Unser Land braucht Frieden. Unsere Menschen wollen Frieden, Entspannung und Abrüstung. Am Frieden zu arbeiten, ist Bürgerpflicht. Wir Sozialdemokraten meinen mit der Mehrheit unserer Bürger, daß mehr Waffen den Frieden nicht sicherer machen. Unser Land darf nicht zur Abschußrampe fürchterlichster Vernichtungswaffen werden. Unser Land ist zu schön, um im Verborgenen als Lagerungsstätte eines grauenhaften chemischen Tötungsarsenals zu dienen. Wir Sozialdemokraten werden deshalb besonders für den Frieden arbeiten.
3. Unser Land braucht Arbeitsplätze. Unsere Menschen wollen arbeiten, sie wollen ihre Leistung erbringen. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, daß bis in die 90er Jahre hinein weit über 350.000 Menschen, vor allem auch junge Menschen in Baden-Württemberg ohne Arbeit sind. Robert Jungk hat in diesen Tagen von der kopernikanischen Wende in der Arbeit gesprochen. Ich scheue große Worte und mißtraue dem Wort Wende allemal. Aber wir haben die große Chance, Arbeit schrittweise so zu verstehen und so gerecht zu verteilen, daß die Menschen in diesem Land allmählich von unwürdiger Arbeit befreit werden. Es ist ein alter Traum der Arbeiterbewegung, die Menschen von unwürdiger und entfremdeter Arbeit zu befreien. Wir Sozialdemokraten werden Konzepte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Arbeitszeitverkürzung, zur Umverteilung der Arbeit und zur Humanisierung der Arbeit entwickeln. Und wir wollen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer stärken.
4. Unser Land braucht ein soziales Sicherungssystem, das sich an den Prinzipien der Humanität, der Solidarität und der Brüderlichkeit messen lassen kann. Unsere Menschen wollen für die Risiken des Lebens sozial gesichert sein. Unser soziales Sicherungssystem, das vor allem von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in den letzten hundert Jahren aufgebaut wurde, weil die Industrialisierung die kleinen familiären Netze der sozialen Sicherung zerschnitten hat, darf nicht zerstört werden. Wir müssen unser Sozialsystem, das auf der Wachstumsdynamik unserer Volkswirtschaft aufgebaut wurde, jedoch in Zeiten geringeren Wachstums auf eine neue solide finanzierte Grundlage stellen.

Außerdem müssen wir das soziale Sicherungssystem da reformieren, wo zu große Verrechtlichung, zu große Bürokratisierung und zu große Professionalisierung das System unmenschlich machen. Außerdem müssen wir die kleinen Netze des Sozialsystems, die das große Netz entlasten können, wieder stärken.
5. Unser Land braucht eine funktionsfähige gemischte Wirtschaftsordnung. Unsere Menschen wollen die soziale Marktwirtschaft mit mehr Demokratie für die Arbeitnehmer verbinden. Ich möchte mich ausdrücklich zum Marktmechanismus in unserer Wirtschaft bekennen. Der Marktmechanismus muß durch eine gesellschaftliche Ordnungspolitik und durch staatliches Handeln ergänzt werden. Wir Sozialdemokraten werden uns in Baden-Württemberg um die "Modernisierung der Volkswirtschaft" und um die Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe kümmern.



6. Unser Land braucht den sozial verträglichen technologischen Wandel. Unsere Menschen wollen sich nicht dem technischen Fortschritt verweigern, aber sie wollen auch nicht zulassen, daß damit sozialer Rückschritt verbunden ist. Gerade Baden-Württemberg ist davon abhängig, daß wir die Chancen des technologischen Wandels nutzen und die Risiken eindämmen. In einer Zeit, in der wir vor der dritten industriellen Revolution stehen, dürfen wir nicht den Wandel von der Mechanik zur Elektronik verpassen. Wir Sozialdemokraten werden deshalb Vorschläge zu einer aktiven Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik erarbeiten.
7. Unser Land braucht den Frieden mit der Natur. Unsere Menschen wollen, daß unsere Wälder, unsere Flüsse, unsere Seen, daß unsere Heimat nicht zerstört wird. Wir müssen mehr tun für unsere Naturhaushalte und für die gefährdete Umwelt vor allem in den Ballungszentren. Wir Sozialdemokraten werden uns für den Ausgleich zwischen den Interessen der Ökonomie und der Ökologie einsetzen. Da aber, wo an einem konkreten Punkt dieser Ausgleich nicht möglich ist, meine ich, müssen wir uns für den Schutz unserer Natur und der Umwelt einsetzen und nach Alternativen für die Arbeitsplätze suchen. Wir Sozialdemokraten werden ein natur- und umweltpolitisches Programm erarbeiten.
8. Unser Land braucht Freiheit, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit. Unsere Menschen wollen in einer freien Gesellschaft leben. Dazu gehört die Gewaltenteilung zwischen den staatlichen Einrichtungen und Ebenen und die Machtteilung zwischen den gesellschaftlichen Kräften. Die Menschen wollen nicht von einem Leviathan-Staat und seinen Bürokratien zugedeckt werden. Sie wollen auch nicht von einer Parteibuchwirtschaft eingefilzt werden. Die Menschen wollen nicht durch eine interessenabhängige Medienstruktur eingekabelt werden. Gerade bei einer Wahl im Jahr 1984 werden wir Sozialdemokraten auf die Freiheit, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit pochen, damit die Orwell-Gesellschaft in Baden-Württemberg nicht Wirklichkeit wird.
9. Unser Land braucht ein modernes Bildungssystem. Unsere Menschen wollen mehr Freiraum für eine freie und humane Schule. Bildung ist nicht allein Mittel zum Zweck, sondern zunächst eigener Wert und eigenständiges Ziel sozialdemokratischer Politik. Sie kann daher nicht unter dem Diktat von Bedarfslenkung und Verwertbarkeit stehen. Chancengleichheit ist für Sozialdemokraten ein unverzichtbares Prinzip in der Bildungspolitik. Gerade in Baden-Württemberg können wir uns keine Bildungsfabriken leisten, in denen unsere Kinder mit einer konservativen Ideologie vollgestopft werden. Wir Sozialdemokraten werden deshalb ein inhaltliches Konzept für ein freies und humanes Schulsystem in den 80er Jahren erarbeiten.
10. Unser Land braucht starke Gemeinden und Städte. Unsere Menschen wollen sich in ihrer Wohn- und Lebenswelt daheim fühlen. 70 Prozent der Menschen leben in Baden-Württemberg in Städten und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern. Wir Sozialdemokraten werden gerade jetzt, wo die Selbstverwaltung der Gemeinden finanziell und bei der Kompetenzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen geschwächt werden soll, besonders für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung eintreten.

Die Städte sind früher die Metropolen des Fortschritts, der Freiheit des Geistes und der dynamischen Entwicklung gewesen. Heute stellen sich in den Städten die ökonomischen, technologischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Probleme der ganzen Gesellschaft wie unter einem Brennglas, wie in einem Mikrokosmos dar.

Der städtische Problemstau hat politischen Handlungsbedarf produziert. Wir wollen daran arbeiten, daß unsere Städte ihre Unwirtlichkeit ablegen und dafür sorgen, daß sie wieder eine menschliche Urbanität finden.

(-/23.6.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

